

Keine Schwedische Intervention in Finnland.

Stockholm, 20. Februar. (Meldung des Svenska Tägbladet.) Ministerpräsident Eban beantwortete in der zweiten Kammer eine Interpellation des linkssozialistischen Reichstagsmitglieds Wennerström über die Stellung der Regierung zur Interventionsfrage in Finnland, sowie der Durch- und Ausfuhr von Waffen. Eben erklärte, die Regierung begehe keinerlei Politik, eine bewaffnete Intervention zu unterstützen, falls das Recht und die Interessen Schwedens nicht Kränkungen ausgesetzt seien, die dazu nöthigen. Die schwedische Regierung habe nicht die Absicht, das bestehende Verbot gegen die Durch- und Ausfuhr von Waffen aufzuheben oder zu ändern. Die Regierung könne die Bildung von bewaffneten Corps aus schwedischen Boden nicht gestatten, aber Privatleute hätten die Erlaubnis erhalten, als Freiwillige in finnische Dienste einzutreten.

W.B. Stockholm, 21. Februar. Meldung des Svenska T. B. Der finnische Gesandte Geppenberg hat einer Preisredeung zufolge geteilt, an die schwedische Regierung die Bitte gerichtet, Schweden möge in Finnland eingreifen. Das Gerücht, daß auch der englische und der französische Gesandte im Namen ihrer Regierungen die schwedische Regierung aufgefordert hätten, Finnland zu Hilfe zu kommen, wurde vom Ministerpräsidenten in der gestrigen Abend Sitzung der Kammer in bestimmter Weise für unrichtig erklärt.

Große Tage im Reichstage.

T. U. Berlin, 21. Februar. Nach der „B. Z.“ wird am Montag (sonst der Reichstanzler Graf Hertling, wie auch der Vizetanzler v. Payer im Reichstage das Wort ergreifen. Der Reichstanzler wird zur aussergewöhnlichen Politik sprechen, und man darf wohl an diesem Tage eine große programmatische Rede erwarten. Payer wird sich mit innespolitischen Fragen befassen, und man geht kaum fehl in der Annahme, daß auch die Frage des preussischen Wahlrechts in seiner Rede eine wichtige Rolle spielen wird. Der Dienstag dürfte im Reichstage sitzungsfrei gelassen werden, um den Fraktionen Gelegenheit zu Besprechungen und zur Fassung von Entschlüssen zu geben.

Ausland.

Der österreichische Ernennungsmittler zurückgetreten? Wien, 21. Februar. Die Abendblätter bringen die bisher nicht bestätigte Meldung, daß der Leiter des Amtes für Reformen, Minister Generalmajor v. Hofer, aus Gesundheitsrückgründen seine Demission gegeben habe. Als Nachfolger wird der Vertreter der österreichisch-ungarischen Armee in der rumänischen Erntekommission Generalmajor v. Sandler genannt.

Kunst und Wissenschaft.

Wilhelm Röntgen. Aus Wien wird gemeldet: Röntgen Tage nach Genua kam ist nun einer seiner neuesten Anhänger im erfolgreichsten Schüler, Wilhelm Röntgen, 34 Jahre alt, unversehrt einem Lungenerkrankung erlegen. Als Röntgen 1905 aus der Wiener Hochschule auswich, folgten ihm 16 Gesellschaften, unter ihnen auch die, die sich zur im. Kaiserkrone vereinigen. Röntgen, ein geborener Wiener, wirkte vornehmlich als Maler. Röntgen'sche ist wohl kein reines Werk. Er arbeitete auch plastisch, und der hiesige Bleichguss an Klinger's Beethoven stammt von seiner Hand.

Jarvis neue Deutete „Jungfer Sonnenstein“ fand in der Hamburger Volkshalle über die erfolgreiche Uraufführung.

Schauführung von Friedrich Schreder's „Sünderin“. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Friedrich Schreder's „Sünderin“ hatte bei der Uraufführung im Altona Theater in Leipzig großen Erfolg. Der Dichter wurde nach dem 3. und 5. Akt mehrfach gerufen. Die Kräfte des Leipziger Theaters waren eifrig bemüht, dem Drama, das ohne große äußere Geschwülste die Handlung der Maria Magdalena von der Sünderin zur Heiligen darstellt, die würdige Bühneneinstellung zu geben. R. C.

Literarisches.

Die letzten erschienenen Nr. 47 des „Simplicissimus“ enthält u. a. folgende Zeichnungen: „Streit und Friede“ von Th. H. Seine, „Kraut, der Wollentier“ und „Nar-Narren“ von Karl Arnold, „Vater und Sohn“ von D. Gulbranson. Tüchtig ist die „Lammer“ ausgestattet mit einer „Eltze“. „Die Teufels“ von Emanuel, ferner mit einem Gedicht: „Generalität“ von Peter Schöner und „Der Boer“ von Katarista. Dann folgen vier Beiträge: „Wagner und Sündenbaur“, „Berliner Jugend“ von —, „Kriegsminister“ und „Erläuterte Streitgespräche“, sowie vier Beiträge unter „Recher Simplicissimus“ und „Som Lage“.

Vermischtes.

Der falsche Getreidekommissar. In diesen Tagen bereite die Därfen im Kreise Johannitug eine Kommission, um die Getreideverträge festzustellen. Das hat sich ein Schwundler zumut gemacht. Nach dem die Kommission die Drückarten betriebe hat ein Mann in verschiedenen Dörfern bei den Besitzern die Vorräte aufgeschrieben. Er versprach, es besonders gut zu machen und ließ sich dafür Speck und Butter von den Besitzern geben. In einem Dorf bei Biella foli sich der glückliche Schwundler auch als Gerichtsvollzieher ausgegeben und große Geldbeträge erzwungen hat.

Aufwendliche Beweise. Wie konnten Sie sich eine Photographie meines Mandanten Polo im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Bernstorff verschaffen? fragte der Verteidiger Polo eines Berliner Zeitungsbüro. — Ach, sagte der, ganz einfach durch einen der üblichen photographischen Tricks: lieblich von der Fabrikation der deutschen Ozeanisten her.

Die weitere Arbeit des Wahlrechts-Ausschusses.

Technische Fragen. — Der Kampf um die Verhältniswahl. — Proporz für den ganzen Staat oder nur für einzelne Bezirke?

In der weiteren Beratung des Wahlrechts-Ausschusses äußert die Regierung Bedenken gegen die konervative Anregung, daß händige Wahlkreise angelegt werden sollen. Ein Freiheitskämpfer der sehr belacht werden. Die Wahlkreise aus: sie würden die Majoritätsgewalt abführen und das Bestehen von Wahlkreisen im letzten Augenblick unmöglich machen.

Ein Fortschrittler verlangt für den Fall der Einführung händiger Wahlkreise eine Bestimmung im Gesetz, daß die Wahlen erst einen bestimmten Zeitraum nach ihrer Antündigung stattfinden dürfen, damit alle Parteien sich entsprechend vorbereiten können.

Der Sozialdemokrat verweist die händigen Wahlkreise, die die künftigen Elemente ihres Wahlrechts beruhen werden.

Auch ein Nationalliberaler und ein Zentrumredner sprechen gegen händige Wahlkreise, und ein Ministerdirektor erzählt aus langjähriger Praxis, daß er bei seinen zahlreichen Missionen niemals eine richtig aufgestellte Gemeindegrenze gefunden habe.

Die Frage wird dem Unterausschuß überwiesen.

Darauf werden die §§ 5-14, welche wahltechnische Einzelheiten enthalten und die direkte Wahl an Stelle der bisherigen indirekten festlegen, angenommen. Eine Aenderung erfaßt nur der § 14 durch einen nationalliberalen Zusatzantrag, daß jeder Wähler jedoch Stimmzettel abzugeben hat, wie ihm Stimmen ausgeben. Abgelehnt wird ein zu § 10 gestellter fortschrittlicher Antrag, wonach zur Wahlbarkeit auch Kreise bis einjähriger Altersdauer für die Wahlbarkeit in Anspruch genommen werden dürfen. Im Laufe der Debatte erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung als

Gegner des Ruralwahlrechts selbst keine Beratung habe, Antrag zu stellen, sie sei über bereit, Auslassung zu gestatten, in der Richtung infolge des gestrigen Beschlusses gesetzgeberische Veränderungen erforderlich sind.

Ein nationalliberaler Antrag, wonach an der Bewegung zurückhaltende kreisgebildete Wähler an Orten der Gemeinde in das Wahllokal zu befördern sind, wird dem Unterausschuß überwiesen.

Kunmehr wird die

Frage des Verhältniswahlrechts

Der Sozialdemokrat würde das Verhältniswahlrecht für ganz Preußen begrüßen, die vorliegenden Anträge seien aber unannehmliche Ausnahmeregeln gegen die Polen.

Dem stimmt ein Parteizugehöriger nicht zu, ein Konservativer schlägt sich dem Konservativen an. Ein Fortschrittler erklärt, der Antrag eines Parteizugehörigen ist in Ausnahmeregeln gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend. Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Behinderung des Proporz für ganz Preußen dadurch für möglich, daß für Verfassungen und Wahlrechtsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben würde.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß, der auch die Wahlrechtsänderung vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungskommissionen vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. Zu der kommenden Woche tritt bekanntlich das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Mutterprüfung spricht. Der Antrag regelt im übrigen die Durchführung des Verhältniswahlrechts und gehärtet auch die Verbindung von Wahlkreislösungen.

Der nationalliberale Antrag wird dahin begründet, daß auch die Winderheiten vertreten sein müssen. Das Verhältniswahlrecht habe allerdings den Nachteil, das Volk nicht zu verteidigen; man könne direkt oder auf indirekte Weise wählen nicht auf den ganzen Staat oder auf größere Gebiete ausdehnen. Aber für die gemeindefreien Landesteile und für die dortige Partei bezogene Winderheit sei es erforderlich.

Ein Fortschrittler führt aus, daß seine Fraktion geteilter Meinung darüber sei, ob der Proporz für den ganzen Staat eingeführt werden solle. Es gebe Fälle, daß in anderen Kreisen ein Ausgleich dafür eintritt, besonders bei den großen Industriezentren und gemischtragenden Gegenden der Fall. Was das System anlangt, so müsse man sich an die neue Verfassungsvorlage anlehnen.

Minister des Innern Dr. v. Drews: Die Gründe für die Verhältniswahl haben sicherlich ein bedeutendes Gewicht, die Regierung dürfe jedoch nicht sich ihnen angeschlossen. Zweckmäßig wird das Volk sich im Reich anzuwenden sein. Angeordnet erfolgte die Verhältniswahl dort, wo es sich um sehr dichtbesiedelte Wahlkreise handelt, um so erhebliche Winderheiten, daß sie unter normalen Verhältnissen allein einen Abgeordneten wählen dürfen. Diese Kreise müssen in der Regel aufgeschlüsselt werden. Für die gemischtragenden Gebiete erfolgt die Verhältniswahl besonders angeeignet.

Ein Konservativer betont, daß keine Partei die allerhöchsten Bedenken gegen das Verhältniswahlrecht habe.

Ein Zentrumredner hat gleichfalls sehr große Bedenken, obwohl er den Anspruch händiger Winderheiten auf eine Vertretung nicht verneint. Ein anderer Zentrumredner beruft sich darauf, daß das Zentrum im Reichstage eine Verhältniswahl über die jetzige eingeschränkte Verträge hinaus ablehne.

Der Sozialdemokrat würde das Verhältniswahlrecht für ganz Preußen begrüßen, die vorliegenden Anträge seien aber unannehmliche Ausnahmeregeln gegen die Polen.

Dem stimmt ein Parteizugehöriger nicht zu, ein Konservativer schlägt sich dem Konservativen an. Ein Fortschrittler erklärt, der Antrag eines Parteizugehörigen ist in Ausnahmeregeln gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend. Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Behinderung des Proporz für ganz Preußen dadurch für möglich, daß für Verfassungen und Wahlrechtsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben würde.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß, der auch die Wahlrechtsänderung vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungskommissionen vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. Zu der kommenden Woche tritt bekanntlich das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Der Sozialdemokrat würde das Verhältniswahlrecht für ganz Preußen begrüßen, die vorliegenden Anträge seien aber unannehmliche Ausnahmeregeln gegen die Polen.

Dem stimmt ein Parteizugehöriger nicht zu, ein Konservativer schlägt sich dem Konservativen an. Ein Fortschrittler erklärt, der Antrag eines Parteizugehörigen ist in Ausnahmeregeln gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend. Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Behinderung des Proporz für ganz Preußen dadurch für möglich, daß für Verfassungen und Wahlrechtsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben würde.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß, der auch die Wahlrechtsänderung vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungskommissionen vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. Zu der kommenden Woche tritt bekanntlich das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Der Sozialdemokrat würde das Verhältniswahlrecht für ganz Preußen begrüßen, die vorliegenden Anträge seien aber unannehmliche Ausnahmeregeln gegen die Polen.

Dem stimmt ein Parteizugehöriger nicht zu, ein Konservativer schlägt sich dem Konservativen an. Ein Fortschrittler erklärt, der Antrag eines Parteizugehörigen ist in Ausnahmeregeln gegen die Polen, sondern nur von sachlichen Gesichtspunkten ausgehend. Ein Nationalliberaler erklärt, daß seine Behinderung des Proporz für ganz Preußen dadurch für möglich, daß für Verfassungen und Wahlrechtsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorgeschrieben würde.

Die Anträge gehen an den Unterausschuß, der auch die Wahlrechtsänderung vorbereiten soll.

Damit sind die Arbeiten des Verfassungskommissionen vorläufig zu Ende. Je nach dem Stande der Arbeiten des Unterausschusses wird die nächste Sitzung einberufen werden. Zu der kommenden Woche tritt bekanntlich das Plenum des Abgeordnetenhauses wieder zusammen.

Wetropol's Fund auf dem Palatin. Wie aus Rom gemeldet wird, ist bei den Ausgrabungen auf dem Palatin, die von Giacomo Boni geleitet werden, dieser Tage ein sehr schönes Werk griechischer Skulptur aus dem 5. Jahrhundert v. Chr. und ein Werk gefordert worden. Es ist eine Nike, eine Siegesgöttin aus pentelischer Marmor von 85 Zentimeter Höhe, deren Haltung und Stellung an die berühmte Nike des British Museum in London erinnert.

Letzte Depeschen.

Der russische Admiral Koltshak in amerikanischen Diensten. Petersburg, 22. Februar. Der frühere Kommandant der russischen Schwärzmeerflotte, Admiral Koltshak, befindet sich, den russischen Blättern zufolge, in San Francisco, wo er sich sehr wichtig an der Ausrüstung und Organisation der amerikanischen Flotte beteiligt. Der Admiral hat Russland gleich nach dem Ausbruch der Bolschewiki-Revolution in Sebastopol verlassen. Vor seiner damaligen Verhaftung hat er sein mit dem Georgs-Orden geschmücktes Schwert ins Meer geworfen. Die Nachricht, daß er in Amerika zum Führer eines Teiles der Kampftruppe ernannt worden sei, wird dementsprechend, da gegen steht, daß er in der Verwaltung arbeite. Dank seiner Rückkehr ist ein großer russischer Marine-Offiziersregimenten, in die amerikanische Flotte eingetreten.

Bränd und Painleod vor Gericht. Basel, 22. Febr. (Eigene Praha-Anschicht.) Nach Meldungen aus Paris sind die früheren Minister Bränd und Painleod auf Geheiß der Anklage zu kommendem Dienstag in einer gerichtlichen Vernehmung geladen worden, wie man glaubt, wahrscheinlich wegen der Caillaud-Affäre. Es ist offenkundig aufgefallen, daß beide Politiker an den letzten Kammereröffnungen nicht teilgenommen und auch in der Presse in keiner Weise heroortraten.

Feindliche Sieger über der Pfalz. Karlsruhe, 22. Febr. (Eigene Praha-Anschicht.) Ueber das Pfälzische Gebiet sind nach amtlichen Mitteilungen wieder von feindlichen Fliegern eine Anzahl Bomben abgeworfen worden.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Wasserstände.

Ort	20. Febr.	21. Febr.	22. Febr.
Stiersee	+2.2	+2.2	—
Stiersee	+1.68	+1.64	—
Stiersee	+2.34	+2.32	—
Stiersee	+0.84	+0.70	—
Stiersee	+1.9	+1.82	—
Stiersee	+2.3	+2.2	—
Stiersee	+2.3	+2.3	—
Stiersee	+1.8	+1.74	—
Stiersee	+1.85	+1.50	—
Stiersee	+1.9	+1.69	—
Stiersee	+1.9	+1.21	—

Halle'scher Wasserbericht.

Ort	21. Februar	22. Februar
Stiersee	75.8	75.9
Stiersee	3.3	2.9
Stiersee	6.5	3.0
Stiersee	2.3	2.3

Maximum der Temperatur am 21. Febr. 5.9 C.
Minimum in der Nacht vom 21. Febr. zum 22. Febr. 0.9 C.
Stiersee am 22. Febr. 7 Uhr morgens: 0.0 mm.

Als Jubiläumsgeschenke eignen sich am besten die von der Kaiserlichen Postverwaltung herausgegebenen Briefmarken, die zum Jubiläum der Kaiserin Augusta am 22. Febr. 1872 herausgegeben sind. Diese Briefmarken sind in jeder Postanstalt zu haben.

Gustav Uhlig, Unter-Verleger.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl v. Helldorf; für den örtlichen Teil, für Provinzialanordnungen, Gerichte, Sondern: Eugen Brunnmann; Beauftragter, Unteroffiziersblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl v. B. für den Anzeigenteil: Hugo Franke, Druck und Verlag von Otto Schöler.

Osram
die bewährte
Glühlampe

